


# ARBEITSKRÄFTE- MOBILITÄT IM EURORAUM

*Funktioniert die Abstimmung  
mit den Füßen?*

Text: Christina Boll und Julian S. Leppin

*Der räumlichen Mobilität von Arbeitskräften kommt im Euroraum eine entscheidende Rolle zu. Denn wenn der Wechselkurs als nationaler Anpassungsmechanismus entfällt, um auf Krisen zu reagieren, ist der Anpassungsdruck auf die Arbeitsmärkte entsprechend höher. Doch funktioniert im Euroraum die Abstimmung mit den Füßen? Wandern die Menschen dorthin, wo die Wirtschaft besser läuft? Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise bietet einen guten Anlass, dieser Frage nachzugehen. Die Zahlen belegen für die EU-27 eine nennenswerte Mobilität der Arbeitskräfte. Der einheitliche Währungsraum hat den Wanderungen bisher jedoch keinen Schub verleihen können.<sup>1</sup>*





Die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 hat die Länder des Euroraumes stark getroffen. Die Folgen für den Arbeitsmarkt sind unübersehbar. So stieg die Erwerbslosenquote für den Euroraum als Ganzes im Zeitraum 2007 bis 2012 von 7,5 % auf 11,3 %.<sup>a</sup> Allerdings gab es große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern: Während die Quote in Österreich mit 4,4 % beziehungsweise 4,3 % in etwa konstant blieb und in Deutschland sogar von 8,7 % auf 5,5 % sank, verdreifachte sie sich in anderen Ländern. So nahm die Arbeitslosenrate in Griechenland von 8,3 % auf 24,3 % und in Spanien von 8,2 % auf 24,8 % zu. Aufgrund dieser Ungleichgewichte würde man – gemäß theoretischen Überlegungen zum optimalen Währungsraum (Mundell 1961) – eine erhöhte Arbeitskräftemigration im Euroraum erwarten. Allerdings ist der Euroraum durch unterschiedliche Kulturen und Sprachen geprägt, die länderübergreifenden Wanderungen entgegenstehen. Wie mobil sind Europas Arbeitskräfte also wirklich?



Der August 2007 markierte den Startpunkt der US-Immobilienkrise, die die globale Banken- und Finanzkrise auslöste und in den Folgejahren 2008/09 zunehmend auch auf die Realwirtschaft übersprang. Im Folgenden werden daher die Wanderungsströme innerhalb Europas beziehungsweise der Eurozone im Zeitraum 2007-2012 analysiert – wo dies wegen nicht verfügbarer Daten nicht anders möglich ist, für 2008 (2009) bis 2012. Die Eurozone umfasst hier nur die 13 Länder, die bereits 2007 dem Euro beigetreten waren, da für alle anderen fünf Länder kein sinnvoller Vergleich im genannten Zeitraum möglich ist. Die Zahl der EU-Mitgliedsländer war zwischen 2007 und 2012 mit 27 Ländern konstant.

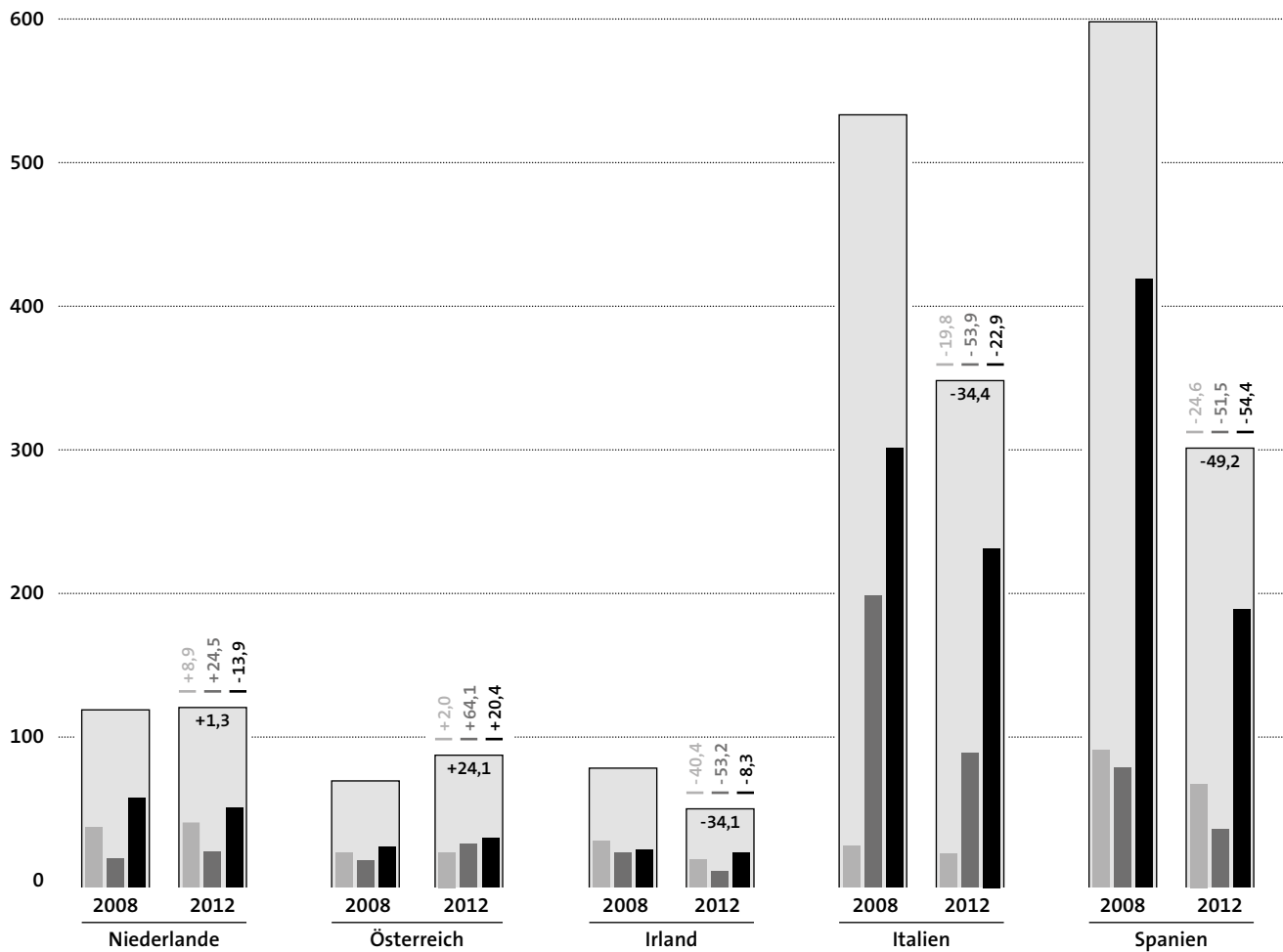
### **WANDERUNGEN INNERHALB DER EUROZONE UND DER KERNZONE EU-15 EHER MODERAT, ZUWANDERUNGEN AUS NICHT-EU-STAATEN IN DEN EURORAUM RÜCKLÄUFIG, AUS EU-27 STAGNIEREND**

Bisher sind die zwischenstaatlichen Wanderungsbewegungen im Euroraum sehr gering. So war im Jahr 2006 nur 0,2 % der Bevölkerung (0,1 %, wenn Luxemburg nicht berücksichtigt wird) grenzüberschreitend mobil (Summe der grenzüberschreitenden Wanderungen in Relation zur Bevölkerungszahl innerhalb des Euroraumes).<sup>b</sup> Schätzungen für das Jahr 2011 für die EU-15-Staaten gehen von einer grenzüberschreitenden Mobilität von 0,115 % aus.<sup>c</sup> Auch der Zustrom von Bürgern aus der Kernzone EU-15 in die hier aufgeführten Euroländer entwickelte sich moderat. Dies deckt sich mit anderen Befunden, dass die Wanderungsdynamik im Euroraum in den letzten Jahren insgesamt nicht von den Mitgliedstaaten dominiert wurde.<sup>d</sup>

Weitet man den Blick auf die Zuwanderungen aus den EU-27-Ländern sowie aus Ländern außerhalb der Europäischen Union (EU), so zeigt sich, dass die Einwanderungen aus Nicht-EU-Staaten in die Eurozone im Zeitraum von 2008 bis 2012 um 20,3 % abgenommen haben. Die Einwanderungen aus den EU-27-Staaten in die Eurozone sind hingegen um 2 % gestiegen.<sup>e</sup> Allerdings kam es zwischen den Euroländern zu umfangreichen Verschiebungen der Zuwanderungen aus Nicht-EU-Staaten sowie aus EU-15-Ländern sowie den neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas (NMS-12).<sup>2</sup> Dies soll im Folgenden beispielhaft für einige Länder der Eurozone verdeutlicht werden (siehe Abbildung 1).<sup>3</sup> ►

**ABBILDUNG 1: EINWANDERUNG IN AUSGEWÄHLTE EU-LÄNDER 2008 UND 2012, NACH HERKUNFTSREGION**

Anzahl  
Personen  
(in Tsd.)

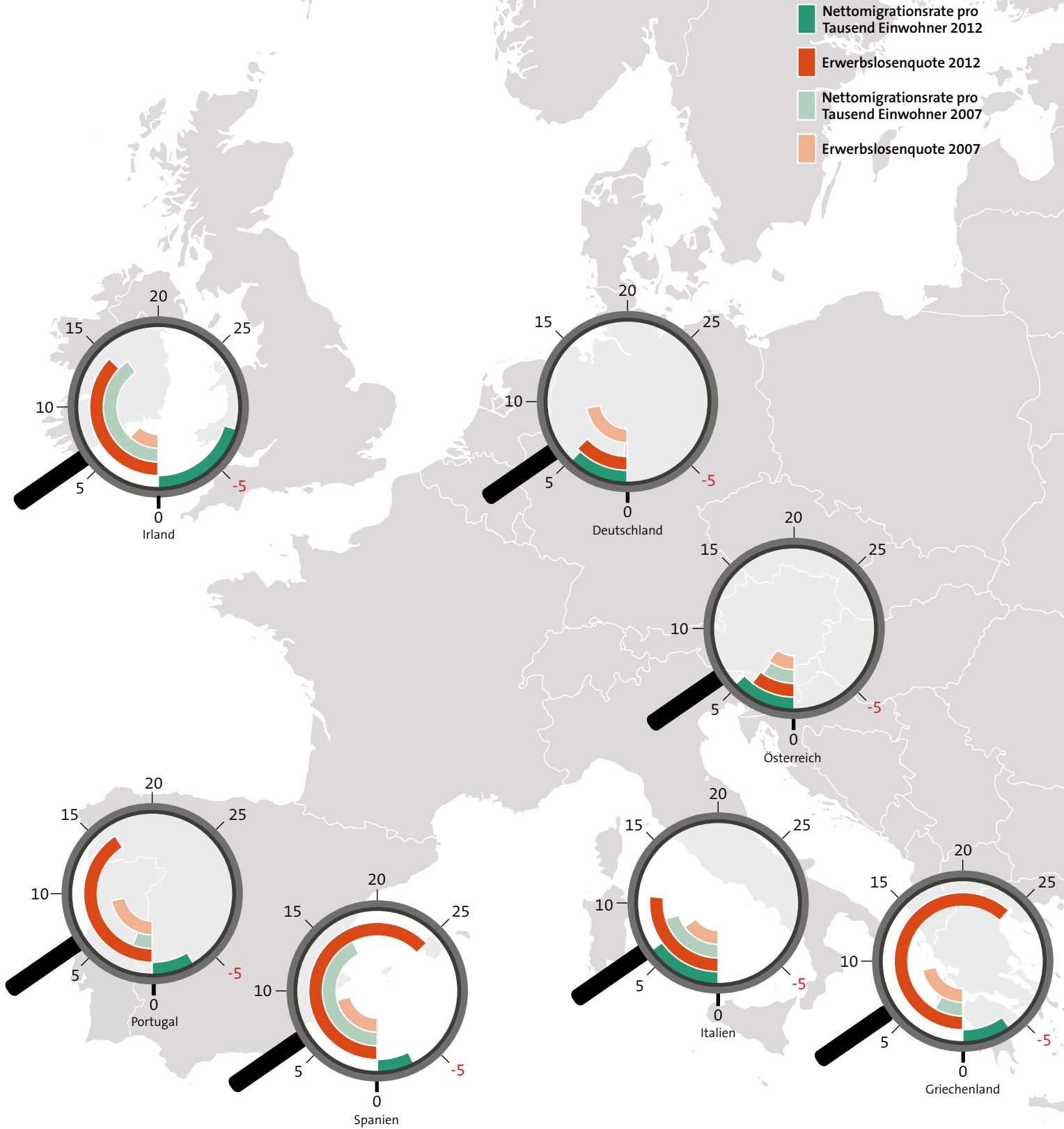


Gesamt   
  NMS-12  
 EU-15   
  Nicht-EU  
 — Veränderung in %

Daten für die Niederlande stammen für das Jahr 2008 aus dem Jahr 2009. Grund ist ein Datenreihenbruch.

Quellen: Eurostat (2014); HWWI.  
© Infografiken B&E

**ABBILDUNG 2: NETTOMIGRATIONSRATEN (PRO TAUSEND EINWOHNER)<sup>4</sup> UND ERWERBSLOSEN-QUOTEN (IN %) IN LÄNDERN DER EUROZONE<sup>5</sup>**



### **KRISENLÄNDER VERZEICHNEN STARK RÜCKLÄUFIGE ZUWANDERUNGEN, IN ÖSTERREICH, DEUTSCHLAND UND DEN NIEDERLANDEN GEGENLÄUFIGE ENTWICKLUNGEN**

In den stark von der Krise betroffenen Ländern Spanien, Italien und Irland sind die Zuwanderungen sowohl aus den EU-15, den NMS-12 als auch den außereuropäischen Staaten stark zurückgegangen (siehe Abbildung 1). In Spanien ist dabei die Einwanderung aus den Nicht-EU-Ländern stärker rückläufig als in Italien und Irland. In Italien, Spanien und Irland sind vor allem die Zuwanderungen aus den NMS-12-Staaten gesunken, die sich in allen drei Ländern halbierten. Wenig überraschen dürfte auch der Rückgang der Einwanderung aus den EU-15-Staaten in die genannten drei Krisenländer.

Ein abweichendes Bild zeigte sich in den geografischen Kernregionen der Eurozone, zu denen Österreich und die Niederlande<sup>6</sup> gehören. In Österreich stieg die Gesamteinwanderung zwischen 2008 und 2012 um 24 %, in den Niederlanden nur um 1 % an. Von besonderer Bedeutung in beiden Ländern war dabei der Zustrom aus den NMS-12-Staaten: Hier verzeichnete Österreich einen Anstieg um 64 % und die Niederlande immerhin von 24 %. Hingegen nahm die Einwanderung aus den EU-15-Staaten nach Österreich und in die Niederlande nur geringfügig zu.

Für Deutschland ist basierend auf den Zahlen von Eurostat keine Unterteilung zwischen EU-15 und NMS-12 möglich. Dennoch lassen sich deutliche Veränderungen feststellen: Die Zuwanderungen nach Deutschland haben im genannten Vierjahreszeitraum um 71 % zugenommen. Hauptursächlich hierfür ist die Verdoppelung der Zuwanderung aus den EU-27-Staaten. Aber auch die Einwanderung aus Ländern außerhalb der EU-27 ist um 37,4 % gestiegen.

### **MIGRANTEN AUS MITTEL- UND OST-EUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSLÄNDERN BESONDERS MOBIL**

Waren 2008 für die Bürger aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten noch die Länder der Peripherie attraktiv, rückten bis 2012 stärker die weniger von der Krise be-

troffenen Staaten der Eurozone in den Fokus der Migranten aus den NMS-12-Staaten. Diese Migranten reagieren offenbar besonders sensitiv auf Verschiebungen der makroökonomischen Rahmendaten.

Die Migration aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas in die älteren EU-Mitgliedsländer war bereits im Zeitraum 2003 bis 2010 beachtlich. Schätzungen gehen für die Periode von 2003-2010 von einer Zuwanderung von 1,6 Mio. Personen aus den 2004 im Rahmen der Osterweiterung der EU beigetretenen Staaten (EU-10) in die EU-15 Staaten aus, was 2,6 % der in den EU-10-Staaten lebenden Bevölkerung entspricht. Hauptzielländer waren im Jahr 2010 das Vereinigte Königreich, gefolgt von Frankreich und Spanien. Deutschland hatte im Jahr 2010 ebenfalls einen hohen Bestand von geschätzten 605 000 bereits hier lebenden Personen aus den zehn neuen Mitgliedsländern, jedoch fand die Haupteinwanderung hier bereits zwischen 2004 und 2007 statt. Aus Rumänien und Bulgarien sind nach dem Beitritt der beiden Länder im Jahr 2007 2,1 Mio. Migranten, das entspricht 7 % der dortigen Bevölkerung, in die EU-25 gezogen.<sup>f</sup>

### **STEIGENDE ERWERBSLOSENZAHLEN GEHEN MEIST MIT SINKENDER NETTOZUWANDERUNG EINHER**

Mit den bisherigen Einwanderungen ist nichts über etwaige zeitgleich erfolgte Auswanderungen gesagt. Wie sieht der Wanderungssaldo (Nettomigration) der betreffenden Länder in den Krisenjahren ab 2007 aus? Schlagen sich die krisenbedingten Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten in erhöhten Nettoauswanderungen beziehungsweise verminderten Nettoeinwanderungen nieder? Abbildung 2 stellt die Nettomigrationsraten und Erwerbslosenquoten der Euroländer 2007 im Vergleich mit 2012 dar,<sup>g</sup> um dem gesuchten Zusammenhang auf die Spur zu kommen. Die Nettomigrationsrate gibt (bei positivem Wert) an, wie viele Personen pro Tausend Einwohner in einem Jahr mehr zu- als abgewandert sind.<sup>h</sup>

Die Krise schlägt sich nicht nur in den Einwanderungszahlen, sondern auch in den Wanderungssalden nieder: In den am stärksten von der Krise betroffenen Euroländern sind die Nettoeinwanderungsraten deutlich rückläufig beziehungsweise haben sich sogar in Nettoauswanderungsraten verkehrt.

Den höchsten Auswanderungsüberschuss im Jahr 2012 mit 7,6 Personen pro Tausend Einwohner verzeichnete Irland bei einer Erwerbslosenquote von 14,7 %. In Spanien lag die Nettoabwanderung 2012 bei einer Erwerbslosenquote von 24,8 % bei 3 Personen pro Tausend Einwohner. In Griechenland wanderten im Jahr 2012 bei einer Erwerbslosenquote von 24,3 % netto 4 Personen pro Tausend Einwohner aus. Auch in Portugal war die Nettoeinwanderungsquote 2012 mit -3,6 Personen auf Tausend Einwohner negativ, bei einer Erwerbslosenquote von 15,9 %. Fünf Jahre zuvor hatten alle vier genannten Länder sowohl niedrigere Arbeitslosenquoten als auch höhere Nettomigrationsraten. Je schlechter sich also die Arbeitsmarktlage in den Krisenländern gestaltete, desto geringer fiel die Nettozuwanderung aus. Die Arbeitsmarktsituation der Euroländer während der Krisenjahre blieb offenbar nicht folgenlos für die Wanderungsbilanzen dieser Länder.

Es gibt zudem Hinweise darauf, dass derartige Verlagerungen von Wanderungen inzwischen schneller vonstatten gehen als noch vor der Krise.<sup>1</sup> Vor allem Migranten aus den ab 1995 beigetretenen Mitgliedsländern (NMS-12) reagieren mit Wanderungen schnell auf wirtschaftliche Veränderungen. Ein Grund hierfür kann darin liegen, dass diese Personen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind: So war ihre Arbeitslosenquote in Irland und Spanien überdurchschnittlich hoch, in Irland war sie sogar höher als jene der Nicht-EU-Ausländer. In der Folge hat beispielsweise die Auswanderung von Menschen mit Herkunft aus den NMS-12 aus Spanien zwischen 2007 und 2009 sprunghaft zugenommen.<sup>2</sup> Die Wanderungsbereitschaft der Migranten aus den NMS-12 ist demnach nicht nur bezüglich der Erstwanderung aus ihren Herkunftsländern, sondern auch bezüglich der Auswanderung aus den zunächst gewählten Zielländern hoch.

### **BINNENMOBILITÄT REAGIERT AUF REGIONALE UNGLEICHGEWICHTE**

Für das Wanderungsgeschehen insgesamt ist neben der zwischenstaatlichen Mobilität auch die regionale Mobilität (auf NUTS-2-Ebene) innerhalb der Länder der Eurozone von Bedeutung. Diese reagiert eher auf regionale Ungleichgewichte innerhalb von Staaten. Im Durchschnitt über die Euroländer<sup>k</sup> wechselte im Jahr 2006 1 % der Bevölkerung die Region. Bei den Binnenwanderungen zeigten sich jedoch starke Unterschiede zwischen den Ländern: Während die Mobilität in Belgien (1,6 %), Frankreich (1,7 %) und Deutschland (1,3 %) relativ hoch lag, wiesen Italien und Griechenland jeweils nur Werte von 0,2 % auf.

### **FAZIT: EUROPÄISCHE ARBEITSKRÄFTE SIND DURCHAUS MOBIL – SCHUB DURCH EINHEITLICHEN WÄHRUNGSRAUM JEDOCH BISHER NICHT ERKENNBAR**

Als Fazit lässt sich festhalten: Innerhalb der Eurozone haben sich die Wanderungsströme in den Jahren der Krise verschoben. Menschen aus den NMS-12 wandern häufiger in die weniger von der Krise betroffenen Länder der Eurozone ein, während sich in den stark betroffenen Ländern der Zustrom der Einwanderer abgeschwächt hat. Für Personen außerhalb der EU-27 hat die Eurozone deutlich an Attraktivität verloren.

Blickt man auf die Länder im Einzelnen, zeigt sich, dass insbesondere die Krisenländer Spanien, Italien und Irland einen drastischen Einbruch ihrer Einwanderungen aus mittel- und osteuropäischen Staaten, aber auch deutliche Einbrüche bei Zuwanderungen aus EU-15 erlitten. Hier waren auch die Nettomigrationsraten, die die Ein- und Auswanderungen saldieren, stark negativ. Mit sich verschlechternder Arbeitsmarktlage sank in den Krisenländern auch die Nettozuwanderung.

Die Zahlen belegen – wenngleich nicht so sehr für den Euroraum selbst, so doch für die EU-27 – eine nennenswerte Reagibilität der Arbeitskräfte im Hinblick auf die makroökonomischen Rahmendaten. Die seitens der Theorie unterstellte höhere Sensitivität innerhalb des einheitlichen Währungsraumes kann mit diesen Zahlen allerdings nicht belegt werden. Zu groß sind vermutlich einstweilen noch die (vor allem sprachlichen) Barrieren.

1) Die Fußnoten a bis k finden Sie unter [www.amir.hwwi.org](http://www.amir.hwwi.org).

2) Diese sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern, Bulgarien und Rumänien.

3) Die Wahl der Länder erfolgte dabei nach Verfügbarkeit der Daten bei Eurostat. So sind detaillierte Daten zur Einwanderung für Frankreich, Luxemburg, Portugal und Griechenland nicht verfügbar. Slowenien und Finnland werden mangels nennenswerter Veränderungen der Wanderungsströme nicht dargestellt.

4) Nettozugewanderte Personen pro Tausend Einwohner bei positiven, beziehungsweise nettoabgewanderte Personen pro Tausend Einwohner bei negativen Werten.

5) Nur Länder, in denen der Euro spätestens 2007 eingeführt wurde.

6) Für die Niederlande beziehen sich die Daten von 2008 auf 2009.